

A2 Antisemitismus bekämpfen – jüdisches Leben schützen

Gremium: Landesvorstand

Beschlussdatum: 26.10.2025

Tagesordnungspunkt: 5. Antisemitismus bekämpfen - jüdisches Leben schützen

Antragstext

1 Resolution zum 9. November

2 Antisemitismus bekämpfen – jüdisches Leben schützen

3 „Es ist geschehen, und folglich kann es wieder geschehen“ - Primo Levi

4 86 Jahre nach den Novemberpogromen ist Antisemitismus gesellschaftliche
5 Realität: Er zeigt sich auf vielfältige Weise – laut und gewalttätig, aber auch
6 subtil und schleichend. Er findet sich in rechten, islamistischen und
7 verschwörungsideologischen Milieus ebenso wie in Teilen der politischen Linken.
8 Und er findet mitten in der Gesellschaft statt, in Alltagssprache und
9 vermeintlichen Witzen, in Klischees und Vorurteilen. Das alles sind deutsche
10 Probleme einer deutschen Gesellschaft.

11 Die Ereignisse der letzten Jahre machen dies deutlich. Anschläge auf Synagogen
12 wie in Oldenburg, antisemitische Hetze auf den Straßen nach dem Terrorangriff
13 der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023, Angriffe auf jüdische Studierende und
14 Lehrende, aber auch Beschädigungen und Bedrohungen gegen Erinnerungsorte wie die
15 Gedenkstätte Bergen-Belsen zeigen: Antisemitismus bedroht jüdisches Leben – auch
16 heute noch. Viele Jüdinnen und Juden leben in ständiger Sorge: um ihre Kinder
17 auf dem Schulweg, um ihre Familien in der Öffentlichkeit, um ihre Gemeinden. Das
18 ist ein unerträglicher Zustand.

19 Am 9. November 1938 brannten in ganz Deutschland Synagogen, jüdische Geschäfte
20 wurden geplündert, Menschen geschlagen, verschleppt, getötet. Die
21 Reichspogromnacht markierte den Übergang von Diskriminierung, Ausgrenzung und
22 Entrechtung zur systematischen Vernichtung jüdischen Lebens in Europa. Sie war
23 der Auftakt zum beispiellosen Menschheitsverbrechen der Shoah, bei dem Deutsche
24 sechs Millionen europäische Jüdinnen und Juden ermordet haben.

25 Aus dieser historischen Schuld erwächst für uns eine unverbrüchliche
26 Verantwortung: Antisemitismus niemals hinzunehmen, jüdisches Leben zu schützen
27 und für die Erinnerung an die Verbrechen des Nationalsozialismus einzustehen.
28 “Nie wieder” ist kein Satz aus der Vergangenheit, sondern ein dauerhafter
29 Auftrag.

30 Die Geschichte zeigt: Eine Demokratie, die Hass gegen Minderheiten zulässt,
31 zerstört sich selbst. Die Entrechtung der Jüdinnen und Juden begann lange vor
32 den Gaskammern – sie begann mit Hetze, Ausgrenzung, Gleichgültigkeit. Wenn
33 Synagogen dauerhaft unter Polizeischutz stehen müssen, wenn jüdische Kinder
34 Angst haben, ihre Kippa oder einen Davidstern offen zu tragen, dann zeigt sich,
35 dass das Erinnern an die Reichspogromnacht kein Ritual bleiben darf. Gedenken
36 allein genügt nicht. Es muss verbunden sein mit konsequentem Handeln: gegen Hass
37 und Hetze, gegen Gewalt und Ausgrenzung, gegen Antisemitismus in allen seinen
38 Formen.

39 Zugleich erleben wir auch ermutigende Zeichen. Hunderttausende Menschen haben
40 nach den Enthüllungen des Correctiv-Rechercheteams über ein rechtsextremes

41 Treffen in Potsdam, bei dem ein Geheimplan gegen ein demokratisches und
42 weltoffenes Deutschland entworfen wurde, auf den Straßen demonstriert. Diese
43 Großdemonstrationen für Demokratie und Vielfalt, für Respekt und gegen Hass,
44 sind ein starkes Signal. Sie zeigen: Unsere Gesellschaft ist wachsam. Viele
45 Menschen treten ein für die Werte des Grundgesetzes.

46 Wir GRÜNE Niedersachsen sind antifaschistisch. Für uns ist klar: Der Kampf gegen
47 Antisemitismus ist Teil unseres Selbstverständnisses und unseres politischen
48 Auftrags. Wir bekennen uns dazu, jüdisches Leben in Deutschland nicht nur zu
49 schützen, sichtbar zu machen und zu fördern. Dazu gehören Bildung und
50 Erinnerung: Antisemitismusprävention muss fest im Bildungssystem verankert sein
51 – von der Kita über die Schule bis zur Universität. Jüdisches Leben muss als
52 selbstverständlicher Teil deutscher Geschichte und Gegenwart vermittelt werden.
53 Gedenkstättenarbeit und historisch-politische Bildung müssen gestärkt,
54 Begegnungen ermöglicht und kritische Medienkompetenz gefördert werden.

55 Antisemitismus darf keinen Platz haben – weder im Alltag noch auf der Bühne.
56 Kulturinstitutionen, Vereine und Initiativen sind gefordert,
57 antisemitismuskritische Leitlinien zu entwickeln und konsequent umzusetzen.
58 Gleichzeitig gilt es, Kunst und Kultur von Jüdinnen und Juden sichtbar zu machen
59 und zu unterstützen.

60 Jüdische Einrichtungen müssen sicher sein. Dafür braucht es eine verlässliche
61 Finanzierung von Schutzmaßnahmen und die enge Zusammenarbeit von Gemeinden,
62 Ländern und Sicherheitsbehörden. Antisemitische Straftaten müssen konsequent
63 verfolgt und geahndet werden. Unser Rechtsstaat muss zeigen, dass er auf der
64 Seite der Betroffenen steht.

65 Die rot-grüne Landesregierung hat in diesen Bereichen zurecht Mittel verstetigt
66 und neue Mittel für Sicherheit, Begegnung und Erinnerung sowie demokratischer
67 Bildung bereitgestellt.

68 Antisemitismus ist aber nicht allein politisch zu besiegen. Wir brauchen Haltung
69 – in Parteien, Vereinen, Schulen, Medien und am Arbeitsplatz. Schweigen und
70 Wegsehen sind keine Option. Jede*r Einzelne ist gefordert, Widerspruch zu
71 leisten, wenn antisemitische Äußerungen fallen.

72 Unsere Verantwortung endet nicht an den Landesgrenzen. Der Schutz von Jüdinnen
73 und Juden ist Teil der deutschen Staatsräson. Dazu gehört das unverrückbare
74 Bekenntnis zum Existenzrecht Israels. Wir stehen an der Seite Israels in seinem
75 Recht, seine Bürgerinnen und Bürger gegen Terror zu schützen. Und wir stehen an
76 der Seite der israelischen Zivilbevölkerung, die seit Monaten für Frieden und
77 Bürger*innenrechte demonstriert. Zugleich sind wir in der Verantwortung, in
78 Europa und weltweit Antisemitismus zu benennen und ihm entgegenzutreten. Das
79 gilt auch in internationalen Organisationen, in denen Israel einseitig
80 delegitimiert oder dämonisiert wird. „Nie wieder“ gilt universell – für die
81 Würde und Sicherheit von Jüdinnen und Juden überall auf der Welt.

82 „Nie wieder“ bedeutet heute: Nie wieder Gleichgültigkeit, nie wieder Wegsehen.
83 Nie wieder Hass als Normalität. Unsere wehrhafte Demokratie zeigt sich darin,
84 Minderheiten zu schützen und Vielfalt zu bewahren. Am 9. November gedenken wir
85 der Opfer des Nationalsozialismus und der Reichspogromnacht. Zugleich bekennen
86 wir uns zu unserer Verantwortung: dafür zu sorgen, dass jüdisches Leben in
87 Deutschland eine sichere und selbstverständliche Zukunft hat.

88 Nie wieder ist jetzt.